

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

Kurt Gscheidle MdB, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, erklärt, warum für Privathaushalte die Einsparungen durch Senkung der Telefongebühren höher sind als die Mehrausgaben durch Erhöhung der Postgebühren.

Seite 1-3

Manfred Schmidt MdB/MdEP weist Angriffe auf den Mieterschutz zurück.

Seite 4/5

Georg Schlaga MdB zum Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu Indien.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 9

12. Januar 1979

Neue Telefon- und Postgebühren helfen sparen

Einsparungen beim Telefonieren sind höher als Mehrausgaben beim Porto

Von Kurt Gscheidle MdB  
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Änderungen der Post- und Fernmeldegebühren werden von den Medien mit ganz besonderer Aufmerksamkeit registriert und kommentiert. Wie alle administrativen Preise beschäftigen sie die Öffentlichkeit viel intensiver als Preissteigerungen bei Verbrauchsgütern oder privaten Dienstleistungen, die jahraus jahrein regelmäßig wiederkehren.

Die Gebührenänderungen 1978/79 unterscheiden sich grundsätzlich von allen bisherigen Gebührenmaßnahmen der Deutschen Bundespost. Bisher dienten sie vorwiegend dem Ziel, der gesetzlichen Forderung nach Deckung der Ausgaben durch entsprechende Einnahmen zu begegnen. Anfang 1978 war dagegen die wirtschaftliche Ausgangsposition der Post eine andere. Die Erwirtschaftung von Gewinnen in den Jahren 1975 bis 1977 ermöglichte eine Verbesserung der Kapitalstruktur. Der Eigenkapitalanteil hat inzwischen den angestrebten Anteil von einem Drittel des Gesamtkapitals erreicht, auch der Schuldenberg konnte beträchtlich abgebaut werden.

Die letzten Gebührenmaßnahmen gründen also nicht auf einer erforderlichen Einnahmeerhöhung, sondern in den unterschiedlichen Erträgen im Post- und Fernmeldewesen. Im Postwesen waren steigende Kostenunterdeckungen, im Fernmeldewesen steigende Überdeckungen zu beobachten.

Deshalb sollten die geplanten Gebührenanpassungen folgende Ziele haben:

- Abbremsung, nach Möglichkeit Abbau der Subventionierung des Postbereichs durch den Fernmeldebereich. Werden nämlich weiterhin die Dienstleistungen des Postwesens zu billig angeboten - das heißt weit unter ihren Kosten -, so ziehen diese besonders lohnintensiven Dienste zusätzliche Nachfrage auf sich und vergrößern damit die Kostenunterdeckungen in diesem Bereich. Dadurch werden aber die Marktchancen des Fernmeldewesens, das ja wesentlich kostengünstiger arbeiten kann, erheblich geschmälert.
- Mehr Gebührengerechtigkeit. Die Öffentlichkeit ist zunehmend weniger bereit, mit ihren Fernmeldegebühren den Postdienst zu subventionieren.
- Verringerung der Gewinne. Dies ist deshalb geboten, weil der Eigenkapitalanteil eine ausreichende Höhe erreicht und eine marktgerechte Verzinsung des Eigenkapitals einschließlich eines angemessenen Selbstfinanzierungsbeitrags erwirtschaftet wird.

Welche Maßnahmen sind nun aufgrund dieser Zielsetzungen bisher erfolgt? 1976 wurde zunächst einmal ein Teil der Fernmeldegebühren, ohne die Postgebühren anzuheben, gesenkt. Das bedeutet rund 670 Millionen DM Einsparung für die Fernsprechkunden.

In diesem Jahr sinken die Fernmeldegebühren um weitere insgesamt 1,6 Milliarden DM. Allein die Verbilligung der Telefongrundgebühr schlägt hierbei mit über einer Milliarde DM zu Buch. Dieser Gebührensenkung steht eine Anhebung der Postgebühren um etwa eine Milliarde DM gegenüber. Die Postkunden sparen also 1979 per saldo 600 Millionen DM.

Von dieser Ersparnis profitiert insbesondere der private Fernmeldekunde. Fast 80 Prozent der Telefonhauptanschlüsse sind Anschlüsse von Privaten, denen z.B. die Senkung der Fernsprechgrundgebühren in besonderem Maße zugute kommt.

Wenn 1982 das neue Tarifsystem, Nahdienst mit Zeitzahlung, überall im Bundesgebiet eingeführt sein wird, und die damit verbundenen Gebührensmindereinnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden DM voll durchschlagen, werden der Postgebührenerhöhung von rund einer Milliarde DM Gebührensenkungen im Fernmeldewesen von insgesamt 3,4 Milliarden DM

gegenüberstehen. Auch ist nicht auszuschließen, daß auf dem Fernsprechsektor weitere Gebührensenkungen möglich sein könnten, sobald gesicherte Erkenntnisse über die aus der Einführung des Nahdienstes mit Zeittakt resultierenden Mindereinnahmen vorliegen. Allerdings wird es nicht möglich sein, die Postgebühren über längere Zeiträume konstant zu halten, wenn wir den Kostendeckungsgrad von jetzt 80 Prozent beibehalten wollen. Das hängt damit zusammen, daß bei insgesamt stagnierender Nachfrage im Postwesen die Kosten auch in Zukunft steigende Tendenz aufweisen.

Der Anteil der Post- und Fernmeldegebühren am Gesamtindex für die Lebenshaltung wird im allgemeinen weit überschätzt. Auf der Basis des letzten, vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten Wägungsschemas, beträgt der Anteil der Post- und Fernmeldegebühren am Gesamtindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lediglich 0,876 Prozent, davon Postwesen 0,267 Prozent und Fernmeldewesen 0,609 Prozent.

Inzwischen hat sich das Verbraucherverhalten der privaten Haushalte geändert. Das bedeutet: Der Kunde greift eher zum Telefon als zur Feder. Konkret: Der Anteil der Fernmeldegebühren, die gesenkt wurden, hat sich tendenziell vergrößert und der entsprechende Anteil im Bereich der Postdienste - nur diese Gebühren werden erhöht - verringert. Der Wägungsanteil der Gebühren für den Bereich der Postdienste in Höhe von derzeit 0,267 Prozent wird sich also weiter verringern.

Wegen des stärkeren Gewichts des Fernmeldebereichs veranlaßt eine Senkung der Fernmeldegebühren stets eine relativ stärkere Senkung des Preisindex für die allgemeine Lebenshaltung als eine Erhöhung der Postgebühren mit dem entsprechend geringeren Wägungsanteil am Gesamtindex eine Erhöhung des Preisindex bewirkt. Durch die gebührenpolitischen Maßnahmen der Deutschen Bundespost, die ein ausgewogenes Gesamtpaket darstellen, wird daher der Preisindex der staatlich beeinflussten Preise nicht steigen, sondern sinken. Der Preisindex für die allgemeine Lebenshaltung der privaten Haushalte würde infolge der Erhöhung der Postgebühren 1979 zwar eine geringfügige Steigerung um 0,049 Prozent bewirken, infolge der Senkung der Fernmeldegebühren fällt jedoch dieser Index um 0,063 Prozent, so daß sich insgesamt eine Senkung des Preisindex für die allgemeine Lebenshaltung um 0,014 Prozent ergibt.

Fazit: Die erhebliche Senkung der Fernmeldegebühren hat trotz der Gebührenerhöhung im Postwesen einen dämpfenden Effekt auf die administrierten Preise und damit auf den Gesamtindex der staatlich beeinflussten Verbraucherpreise, der im Gegensatz zum Gesamtpreisindex für die Nachrichtenübermittlung eine steigende Tendenz aufweist.

(-/12.1.1979/v0-he/hgs)

Gegen indirekte Subvention der Hauseigentümer  
-----

Angriffe auf den Mieterschutz müssen zurückgewiesen werden

Von Manfred Schmidt MdB/MdEP

Die organisierten Haus- und Grundeigentümer und die CDU/CSU sind seit langem der Meinung: Der Mieter in der Bundesrepublik genießt zuviel Schutz. Nun bläst auch die FDP ins gleiche Horn. Was sie geändert haben will, war vor wenigen Tagen der Presse zu entnehmen:

- Das Kündigungsverfahren soll erleichtert werden;
- Bußgeldverfahren wegen Mietüberhöhung und Mietwucher sollen eingeschränkt werden;
- die Duldungspflicht des Mieters bei Wohnungsmodernisierungsmaßnahmen soll verschärft werden;
- eine weitgehende Vertragsfreiheit soll zu Lasten des Mieters eingefügt werden.

Was die FDP mit Begriffen wie "Harmonisierung", "Liberalisierung", "Verfassungsfreiheit" und so fort verklärt, ist dazu gedacht, daß dem Vermieter die Möglichkeit eröffnet wird, größeren wirtschaftlichen Nutzen aus Mietwohnungen zu ziehen. Dieser Anschlag der FDP gegen das Mieterschutzgesetz ist weder wirtschafts- noch gesellschaftspolitisch zu vertreten und wenn sie Bündnispartner zur Durchsetzung dieser Maßnahmen sucht, so wird sie keinen in den Reihen der SPD finden.

Gerade die Erfahrungen der letzten Zeit haben bewiesen, daß die Mieter in Ballungsgebieten und aus sozialbenachteiligten Schichten eines noch stärkeren Schutzes bedürfen. Der Mieterschutz darf also keinesfalls eingeschränkt, er muß dringend ausgebaut werden.

- Das Kündigungsverfahren muß bei in Eigentumswohnungen umgewandelten Mietwohnungen von drei auf fünf Jahre verlängert werden, damit die Bestimmun-

gen des § 7b Einkommensteuergesetz nicht dazu führen, daß die Mieter aus diesen Wohnungen verdrängt werden.

- Die Vertragsfreiheit muß insbesondere bei Untermietverhältnissen eingeschränkt werden und der rechtlichen Situation bei Wohnungsmietverträgen angeglichen werden.
- Ein jährlich anzugleichender Mietspiegel sollte für alle Kommunen ab einer bestimmten Größe verbindlich eingeführt werden.
- Die Mietkautionsverzinsung muß gesetzlich geregelt werden.
- Die Zweckentfremdungsverordnung sollte eine Mißbestimmung werden.

Diese Maßnahmen werden immer dringlicher, zumal die Stellung der Vermieter durch eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen (vor allem im Steuer- und Subventionsbereich) ohnedies verstärkt wurde. Die Situation der Mieter in den Ballungsräumen spitzt sich immer mehr zu. Die Mietsteigerungsraten sind den Preissteigerungsraten längst davon gelaufen.

In diesem Lichte können die Vorschläge der FDP nur als anachronistisch bezeichnet werden. Mit dem Versuch, den Wohnungsmarkt dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, sind schon mehrere Regierungen gescheitert. Die Situation der Mieter erzwingt ganz einfach Schutzgesetze.

Wer die Mieten frei geben will, muß wissen, daß dann unabschätzbare Anforderungen an das Wohngeld die Folge wären, für das heute bereits Milliarden Beträge aufgebracht werden müssen. Eine fast generelle indirekte Subvention der Hauseigentümer durch den Fiskus ist unvermeidbar und muß auf den entschiedenen Widerstand von Sozialdemokraten stoßen.

(-/12.1.1979/va-he/hgs)

+ + +

## Indien braucht Ost-Berlins Ratschläge nicht

---

Mit der Region des Indischen Ozeans darf kein Mißbrauch getrieben werden

Von Georg Schlaga MdB

Mit einer einhundertfünzigköpfigen Delegation reiste DDR-Parteichef und Staatsratsvorsitzender Honecker zu einem offiziellen Besuch nach Indien. Begleitet ist er u.a. vom Vorsitzenden des Ministerrates Willy Stoph, Außenminister Fischer, Hermann Axen und Günter Mittag. Eine hochkarätige Zusammensetzung. Die Größenordnung ist man sonst eigentlich nur von Carters Reisen gewöhnt. Die DDR braucht diese jedoch offensichtlich für ihr Prestige.

Daß die aufwendige Reise mit Wissen und Absprache Moskaus erfolgte, steht außer Zweifel. Es sind also keineswegs nur bilaterale wirtschaftliche Interessen, die in New Delhi zur Diskussion stehen.

Nach der spektakulären Abwahl Indira Gandhis im März 1977, die ein recht problemloses Verhältnis zu Ost-Berlin hatte, muß nun Boden gut gemacht werden. Natürlich ist die DDR - auch seit Desai Ministerpräsident ist - in Indien immer präsent, selbst wenn sie - aus Kostengründen - zwei Generalkonsulate (Bombay und Madras) schließen mußte. Viele kleine DDR-Delegationen durchziehen schulter- und sprücheklopfend das Land und versichern immer wieder "unseren indischen Freunden", wie gut diese seien. Nur Entwicklungshilfegelder bringen sie nicht, jedenfalls fast nicht. Das überläßt man der Bundesrepublik (diese gab im Schnitt der letzten zehn Jahre immerhin ca. 350 Millionen Mark Kapitalhilfe und ca. 100 Millionen Mark technische Hilfe pro Jahr).

Die groß angelegte Delegationsreise verleitet natürlich zu Spekulationen: Wird sich die DDR als erstes Ostblockland Helmut Schmidts Meinung zu Herzen nehmen, die Ostblockländer sollten an die Dritte Welt endlich mehr Entwicklungshilfe geben und weniger Waffen? Für eine solche frohe Botschaft wäre eine einhundertfünzigköpfige Delegation in der Tat angemessen groß.

Vielleicht bringt die DDR auch das von Indien so sehr gewünschte neue sieben Milliarden teure Stahlwerk für Orissa, das die Bundesregierung bisher nicht finanzieren und bauen möchte?

Nein, im Mittelpunkt des Treffens wird wahrscheinlich die Unterzeichnung eines langfristigen Abkommens über bilaterale Zusammenarbeit sowie die Ausweitung des Handelsvolumens stehen. Denn da dürfte - auf Gegenseitigkeit - noch einiges "drin" sein, zumal die DDR - wenn sie will - sehr billig liefern kann. Zur Zeit exportiert die DDR nach Indien (1977) für ca. 100 Millionen Mark und importiert für ca. 140 Millionen. Zum Vergleich die Bundesrepublik: Sie exportierte 1977 nach Indien für ca. 1,14 Milliarden Mark und importierte für 86,3 Millionen Mark.

Im außenpolitischen Bereich weiß die DDR natürlich um das weit über Indien hinausgehende Verhältnis zwischen Indien und China und möchte sicher nicht, daß sich daran etwas ändert. Außenpolitisches Ziel der Janatha-Regierung unter Ministerpräsident Desai ist es, vorhandene Spannungen mit den Nachbarn Indiens zu beseitigen. Dies gilt sicher auch für China. Der Anfang war bisher erfolgreich. Im Oktober 1978 wollte Außenminister Vajpay nach Peking reisen. Doch Vajpay wurde krank und verschob die Reise auf 1979. Wird er tatsächlich im Februar fahren, wird ihm die DDR-Spitze "kluge" Ratschläge mitgeben wollen. Er wird sie nicht brauchen, denn vor kurzem noch beantwortete er die Fra-

ge eines Bundestagsabgeordneten nach seinem bzw. seiner Regierung Verhältnis zur Sowjetunion: "Wir spielen nicht die chinesische Karte."

Ist das so, ist es für die DDR-Delegation schon der halbe Weg von Ost-Berlin nach New Delhi, aber auch nur der halbe. Denn die Politik Indira Gandhis (verbal Blockfreiheit, in praxi eine zumindest zu Mißverständnissen Anlaß gebende Anlehnung an die Sowjetunion, inklusive erheblicher Rüstungslieferungen von dort) wird sich nicht wiederholen bzw. fortsetzen.

Die Regierung Desai hat zwar bei Übernahme der Regierung das von Frau Gandhi geschlossene indisch-sowjetische Freundschaftsabkommen formal bestätigt, ist aber gleichzeitig sehr bemüht, die Beziehungen zu den westlichen Ländern zu vertiefen und zu erweitern.

Der Toast, den Staatspräsident Reddy auf seine DDR-Gäste ausgebracht hat, läßt keinerlei Zweifel an dem Selbstbewußtsein und der Unabhängigkeit der indischen Politik. Einige Ausschnitte aus dem bemerkenswerten Trinkspruch belegen dies: "Wir haben unsere Verfassung so konzipiert und unsere wirtschaftlichen und sozialen Ziele so gesetzt, daß sie den Bedürfnissen Indiens und dem schöpferischen Geist unseres Volkes entsprechen. Es ist ein aufgeschlossenes System, das Diskussion und Debatte zuläßt. Damit dieses System funktioniert braucht es periodisch die Zustimmung des Volkes durch freie und gerechte Wahlen." Mit Blick auf die Außenpolitik heißt das: "Indiens Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit und der positiven friedlichen Zusammenarbeit zu beiderseitigem Vorteil ist logisch und stimmt mit unseren Bestrebungen überein. Sie kann unsere Erfindungskraft und Energie für den nationalen Fortschritt freisetzen... Muß ich wiederholen, daß wir nicht beabsichtigen, bestehende und nützliche Freundschaften zu opfern oder von den internationalen Spannungen zu profitieren?... Ist für uns eine Angelegenheit von erstrangiger Bedeutung die Festigung des Friedens im Indischen Ozean. Deshalb glauben wir, daß der Ozean von allen Seerivalitäten der Großmächte und fremden militärischen Stützpunkten oder fremder militärischer Präsenz frei bleiben muß."

Auf dem Reiseprogramm des Bundeskanzlers für 1979 steht Indien. Ein äußerst wichtiger Besuch. Denn dieses Land - trotz großer eigener Probleme - nimmt nicht nur Entwicklungshilfe entgegen sondern wirkt seinerseits schon helfend in noch weniger entwickelten Ländern.

Dieser Subkontinent und der Indische Ozean sind aber auch, und dies in erster Linie eine militär- und wirtschaftsstrategische Potenz. Wir sollten - so gut wir können - verhindern helfen, daß Dritte mit dieser sensiblen Region Mißbrauch zu treiben versuchen.  
(-/12.1.1979/vo-he/hgs)